



# Interviews

**Datum: 26. Mai 2023**

## **Andrew Ullmann, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Bundstagsfraktion, im Gespräch mit Philipp May**

**Philipp May:** Am Telefon ist der gesundheitspolitische Sprecher der FDP, Andrew Ullmann.  
– Guten Morgen, Herr Ullmann!

**Andrew Ullmann:** Guten Morgen, Herr May.

**May:** Warum ist diese Reform keine Mogelpackung?

**Ullmann:** Sie ist sicherlich gar keine Mogelpackung. Wir geben mehr als sechs Milliarden, eigentlich 6,7 Milliarden Euro in die Pflegeversicherung hinein - das ist schon ein Batzen Geld -, haben hier gerade die häusliche Pflege gestärkt und auch besonders betroffene Kinder und junge Erwachsene haben wir da ins Visier genommen, und das sind eigentlich sehr gute Punkte, die wir eingebracht haben.

Die Wunschliste ist unendlich groß, aber die finanziellen Mittel insgesamt sind limitiert. Aber mit diesem großen Beitrag, muss man ja schon sagen, ist schon der erste Schritt in eine verbesserte soziale Pflegeversicherung gemacht worden.

**May:** Sie sagen „groß“, aber wenn ich auf die Zahlen schaue, sehe ich da 4,5 Prozent mehr Pflegegeld für die häusliche Pflege. Das ist nicht mal ansatzweise ein Inflationsausgleich, zumal der Betrag ja auch sieben Jahre lang gar nicht angefasst wurde.

**Ullmann:** Die Zahl ist die jährliche Erhöhung, die da stattfindet bezüglich des Pflegegeldes, aber die Pflegeleistungen sind ja auch um fünf Prozent angestiegen. Das heißt, sie springen um 9,5 Prozent, was da stattgefunden hat. Da muss man schon genauer in die Gesetze hineinschauen, bevor von den Oppositionsparteien hier gesagt wird, dass wir eine Mogelpackung haben. Das würde ich so nicht sagen.

**May:** Na ja. Aber gut: Häusliche Pflege ist vor allen Dingen auch deswegen der Standard. Weil es gar nicht genug Heimplätze, geschweige Pflegerinnen und Pfleger gibt, wird die Mehrzahl der Menschen zuhause betreut. Schauen Sie sich die letzten Tarifabschlüsse an; keine Gewerkschaft hätte sich damit zufrieden gegeben, oder nicht?

**Ullmann:** Herr May! Ich weiß nicht, wie die Menschen denken, dass man gerne stationäre Pflege haben möchte. Mein Vater, der vor zwei Jahren verstorben ist, hat explizit gesagt, er möchte zuhause gepflegt werden in seiner bekannten Umgebung. Meine Mitte 80jährige Mutter hat sich sehr um meinen Vater gekümmert und das wollen die meisten Menschen

auch, zuhause gepflegt werden in ihrer bekannten Umgebung und nicht irgendwie abgeschoben werden. Deswegen finde ich das schon ganz wichtig zu sagen, dass der Wunsch der Menschen, in eine häusliche Pflege zu gehen, nicht ein finanzieller Grund ist.

**May:** Absolut klar! Aber dann muss die Politik das aber auch ermöglichen und finanziell absichern.

**Ullmann:** Ja, das haben wir auch gemacht. Wir haben es ja weiter dynamisiert. Nur das Problem ist ja zweierlei. Wir haben auf der einen Seite eine jetzt immer älter werdende Gesellschaft. Wir haben eine umlagefinanzierte Pflegeversicherung. Das wird auf Dauer nicht funktionieren. Wir sind bereits in Deutschland ein Hochsteuerland. Die Sozialabgaben sind weit über 40 Prozent und wir müssen jetzt sehen, dass wir hier eine nachhaltige Pflegeversicherung hinbekommen. Das haben wir auch vor, weil wir haben ja auch eine Kommission eingesetzt, dass wir hier eine nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung hinbekommen, denn was wir heute im Bundestag verabschieden ist der erste Schritt. Weitere Schritte müssen auch folgen.

**May:** Jetzt hatte die FDP das flexible Entlastungsbudget, das den Zugang zu Pflegeleistungen vereinfachen soll und das auch im Koalitionsvertrag vereinbart war, zunächst aus dem Gesetz gestrichen. Grüne und SPD haben es dann wieder reinverhandelt mit Ihnen. Kommt allerdings erst Mitte 2025 und gleichzeitig fällt die Anhebung des Pflegegeldes niedriger aus. Warum?

**Ullmann:** Ich sagte ja eingangs, wir haben das als Ampel gemeinsam beschlossen. Wir haben auch sehr gerungen. Die FDP ist ja nicht als Partei bekannt, dass sie nur Geld sparen will, sondern mit unserer Partei ist ja auch die Verantwortung verbunden und das ist auch eine fiskalische Verantwortung, die wir tragen müssen. Auch wir haben Wünsche, die gerne umgesetzt werden, aber da sind Limitationen gesetzt. Ich denke, dass hier der erste große Schritt in die richtige Richtung gemacht worden ist, aber da bin ich auch durchaus bei Ihnen: Weitere Schritte müssen folgen, damit auch hier eine bessere Pflege gewährleistet sein kann, aber auch – und das wird immer wieder in den Diskussionen vergessen – eine generationengerechte Pflegeversicherung entsteht. Denn die nachfolgenden Generationen meiner Kinder oder eventuell irgendwann mal Kindeskindern können nicht auf Dauer diese Art der Versicherung sich leisten.

**May:** Wie wollen Sie denn die Generationengerechtigkeit schaffen? Jetzt wurde der Pflegebeitrag, die Beitragssätze von 3,5 auf 3,4 Prozent erhöht.

**Ullmann:** 3,05 Prozent!

**May:** 3,05 Prozent auf 3,4 Prozent. Sorry! – Dennoch sagen jetzt schon die Krankenkassen, das wird nicht reichen, das ist keine stabile Finanzierung. Irgendwas muss ja passieren!

**Ullmann:** Genau! Deswegen wird die Kommission ja auch eingesetzt. Das ist auch im Gesetz als solches fixiert. Die Politiker und Politikerinnen haben immer gute Ideen, ich habe

---

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: [hoererservice@deutschlandradio.de](mailto:hoererservice@deutschlandradio.de)

auch gute Ideen, aber ich bin jetzt kein Finanz- oder Versicherungsexperte, und da müssen wir sehen, wie wir das nachhaltig hinbekommen.

Eine Möglichkeit ist, ähnlich wie wir es auch bei der Rentenversicherung haben, dass wir eine kapitalgedeckte Komponente mit einbauen, das auch langfristig so planen und so gewährleisten, dass jetzt nicht kurzfristig, aber dafür längerfristig die Versicherung als solche stabil bleibt. Wenn wir jetzt so weitermachen wie bisher, haben wir in 20 Jahren eine Verdoppelung der sozialen Pflegebeiträge und auch mindestens 50 Prozent Erhöhung der gesetzlichen Krankenversicherung. Das heißt, das alte System von Bismarck funktioniert in den nächsten Jahren nicht mehr.

**May:** An mehr Steuermitteln führt eigentlich kein Weg vorbei?

**Ullmann:** Nee, das würde ich so nicht sagen. Wir sind ja bereits Steuerhochland und das ist die Illusion, die viele Menschen haben, dass der Staat alles regeln kann und der Staat Steuern einnimmt, und diese Gelder müssen wir verteilen. Ich kann nur sagen, im europäischen Vergleich sind wir Nummer zwei nach Belgien, und hier muss man auch ganz klar konstatieren, irgendwo ist da eine Limitation. Auch Geld muss erwirtschaftet werden. Vor allem, wenn wir die Lohnnebenkosten noch weiter erhöhen, wird Deutschland als Industrie- oder Wirtschaftsstandort unattraktiv. Das heißt, das sind sehr viele Stellschrauben, die nicht nur gedreht werden können, aber auch nachteilig für unseren Wohlstand sein können.

**May:** Ricarda Lang, die Grünen-Chefin, hat einen Vorschlag gemacht. Sie spricht sich dafür aus, dass Menschen mit höherem Einkommen prozentual mehr für die Finanzierung tun sollten, um Menschen mit niedrigerem Einkommen zu entlasten, und zwar durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Ich nehme an, da gehen Sie nicht mit?

**Ullmann:** Nee, da gehen wir absolut nicht mit, weil das ist ja nicht die Kausalität, die da existiert. Wir sprechen übrigens auch hier von der Krankenversicherung in dem Zusammenhang. Da ist es auf Dauer auch wieder das gleiche Problem. Wir können das immer weiter hochdrehen und Richtung einer sogenannten Einheitsversicherung gehen, aber wir haben die Strukturprobleme, die wir haben, damit gar nicht gelöst.

**May:** So ganz ist mir noch nicht klar, wie Sie es lösen wollen, weil dieses Strukturproblem wird ja noch größer in naher Zukunft.

**Ullmann:** Genau, sie wird ja auch größer, das sagte ich auch gerade. Wenn wir jetzt hier nicht eine Wende hinbekommen mit Strukturreformen in den Sozialversicherungen, sowohl in der gesetzlichen Krankenkasse wie auch bei der sozialen Pflegeversicherung, werden wir sicherlich Schiffbruch erleiden, denn die Zahlen gehen immer weiter hoch und irgendwo ist auch eine Grenze gesetzt. Deswegen müssen wir andere Finanzierungsmodelle und Ideen umsetzen und eine Idee ist die kapitalgedeckte Versicherung als eine Komponente neben der Umlage.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*